



# Positionen

Informationsblatt der SPD Berliner Mitte  
Ausgabe März 2015

<b>Gas und Strom müssen wieder in öffentliche Hand</b>	<b>2</b>
<b>Im Neubau und der Mietenfrage brauchen wir mehr gesamtstädtische Solidarität</b>	<b>4</b>
<b>Verfassungsschutz - Zwischen massiver Kritik und steigenden Erwartungen</b>	<b>6</b>
<b>Olympia - schön wär's gewesen - was wird kommen?</b>	<b>8</b>
<b>SIWA - Berlin investiert 496 Millionen Euro</b>	<b>10</b>
<b>TTIP - Transatlantisches Freihandelsabkommen</b>	<b>12</b>
<b>Tourismus - Die Welt fährt nach Berlin!</b>	<b>13</b>
<b>Der Tierpark - Ein Juwel für die ganze Stadt</b>	<b>14</b>
<b>Berliner Gewässer - am Beispiel von Treptow-Köpenick</b>	<b>17</b>
<b>Wir brauchen ein eigenständiges Landesprogramm gegen Radikalisierungstendenzen in Berlin</b>	<b>18</b>
<b>Wohnungsneubauförderung - Qualität und Bezahlbarkeit im Wohnungsneubau sicherstellen</b>	<b>21</b>
<b>Terminankündigung / Mitglieder der Berliner Mitte</b>	<b>24</b>

---

## Gas und Strom müssen wieder in öffentliche Hand

Bei Strom und Gas werden aktuell die Konzessionsverfahren für die Vergabe der Netze durchgeführt.

Das Land Berlin beteiligt sich mit einem eigenen Unternehmen und zwar „Berlin Energie“ an den Konzessionsverfahren.

Beim Gas hat die Finanzverwaltung als zuständige Vergabestelle Berlin Energie den Zuschlag erteilt. Der bisherige Netzinhaber, die GASAG, hat dagegen vor dem Landgericht Klage erhoben und beantragt, der GASAG den Zuschlag zu erteilen. Das Gericht hat dem Antrag der GASAG nicht entsprochen, aber andererseits den Zuschlag für Berlin Energie für unwirksam erklärt. Die schriftliche Urteilsbegründung liegt bis jetzt nicht vor, es ist aber auf jeden Fall davon auszugehen, dass das Land Berlin in Berufung gehen wird, denn wir wollen das Gasnetz zu 100%.

Das Minimalziel wäre eine Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin an der GASAG.

Das Unternehmen GASAG ist Ende der 90-er Jahre verkauft worden. Die drei Eigentümer sind Großkonzerne und zwar EON, Vattenfall und Gaz de France. Wer sich die drei Eigentümer genauer anschaut kann erkennen, dass dies mit der alten GASAG nichts mehr zu tun hat.

Es ist sinnvoll, dass das Land Berlin mit Hilfe der Gas- und Stromnetzkonzessionen wieder stärkeren Einfluss auf die Energiepolitik im Land Berlin nimmt. Die Fehler der Privatisierung müssen korrigiert werden, da sie nur kurzfristig Zuflüsse in den Landeshaushalt gebracht haben. Langfristig gehen die Gewinne woanders hin und kommen so nicht mehr dem Haushalt des Landes Berlin zugute.

Darüber hinaus zeigt die erfolgreiche Rekommunalisierung im Bereich Wasser, dass der Verbraucher davon profitiert. Beim Wasser sind die Frischwasserpreise nach dem Rückkauf der Anteile durch das Land Berlin um 15% gesunken. Auch die Abwasserpreise sinken zusätzlich um rund 6%.

Die Klage der GASAG vor dem Landgericht macht deutlich, dass mit den Konzessionen Geld zu verdienen ist und die Entscheidung sich mit einem Landesunternehmen Berlin Energie zu beteiligen richtig war. Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für die Stromnetzkonzession. Auch hier müssen die Gewinne zukünftig nicht mehr nach Schweden gehen.

Im vergangenen Jahr hat das Abgeordnetenhaus von Berlin die Gründung eines Stadtwerkes beschlossen. Das neu gegründete Berliner Stadtwerk ist eine 100%-ige Tochter der Berliner Wasserbetriebe.

**Das Land Berlin beteiligt sich mit „Berlin Energie“**

**Wir wollen das Gasnetz zu 100%**

**stärkeren Einfluss auf die Energiepolitik**

**erfolgreiche Rekommunalisierung im Bereich Wasser**

**Gründung eines Stadtwerkes beschlossen**

---

Grundsätzlich zeichnet sich das Stadtwerk durch drei Geschäftsfelder aus:

- Erzeugung (Investitionen in erneuerbare Energieanlagen, primär Wind und Solar)
- Vertrieb
- Energiedienstleistungen (Strombeschaffung für das Land oder Landesgesellschaften, preisorientiertes Lastmanagement, Effizienzsteigerungen für Unternehmen)

**drei Geschäftsfelder**

Leider hat das Abgeordnetenhaus durch die Blockade der CDU nur ein Stadtwerk beschlossen, in dem der Handel mit zugekauftem Strom über den selbstproduzierten Strom aus Solar- und Windkraft ausgeschlossen ist. Dies muss schon aus wirtschaftlichen Erwägungen dringend geändert werden, denn jede Berlinerin und jeder Berliner sollte sobald wie möglich die Chance haben, Kunde des Stadtwerkes zu werden. Der nur knapp gescheiterte Volksentscheid Energie sollte allen Fraktionen im Abgeordnetenhaus, auch der Berliner CDU, klarmachen, dass die Berlinerinnen und Berliner den Wunsch haben wieder stärkeren Einfluss auf die Bereiche Strom und Gas nehmen zu wollen.

**jede Berlinerin und jeder Berliner sollte die Chance haben, Kunde des Stadtwerkes zu werden**

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat im Mai 2014 den Beschluss zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ gefasst. Unter meinem Vorsitz beschäftigen sich 11 Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und 5 Sachverständige, die nicht dem Abgeordnetenhaus angehören, damit die energiepolitischen Ziele des Landes Berlin bis zum Jahr 2050 festzulegen. Der Bericht wird dem Berliner Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit im Herbst 2015 vorgelegt werden.

**Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“**

**energiepolitischen Ziele des Landes Berlin bis zum Jahr 2050**

Hier geht es unter anderem um die Frage, wie können der öffentliche und der private Gebäudebestand Berlins energetisch modernisiert werden, sodass dieser langfristig klimaneutral betrieben werden kann.

Das ehrgeizige Ziel ist Berlin bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt zu machen. Berlin hat hierbei eine Vorbildfunktion bei der Frage des Umgangs von Metropolen mit den Herausforderungen des Klimawandels übernommen. Die SPD sollte bereit sein, die Frage der Rekommunalisierung in den Bereichen Gas und Strom zu einem Wahlkampfthema zu machen.

**Berlin bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt zu machen**

*Jörg Stroedter, MdA*

---

## Im Neubau und der Mietenfrage brauchen wir mehr gesamtstädtische Solidarität

In Berlin herrscht Wohnungsnot. In den letzten Jahren haben zahlreiche Mieterinitiativen auf Probleme aufmerksam gemacht, die die Politik erkannt hat und auf die wir als SPD-Fraktion reagiert haben. Doch offensichtlich ist das nicht genug bzw. noch nicht spürbar, meinen Einige. Anfang März hat eine „Initiative zum Berliner Mietenvolksentscheid“ ihre Vorschläge öffentlich präsentiert:

„Öffentliche Gelder sollen in Zukunft so ausgegeben werden, dass sie zu preiswerten Mieten führen und eine Wohnversorgung für Mieterinnen und Mieter gewährleisten, die auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt werden.“ Das Ziel ist ein sogenannter Wohnraumförderfonds. Dieser Fond soll, laut Initiative, „einerseits zur Schaffung von neuen günstigen Mietwohnungen und andererseits als Instrument zur Mietpreissenkung eingesetzt werden.“ Menschen mit geringem Einkommen könnten über die Vermieter die Senkung ihrer Miete beantragen. Auch die Förderung für notwendige Modernisierungsmaßnahmen für altersgerechtes und barrierefreies Wohnen könnten so beantragt werden.

Grundsätzlich sind viele Zielvorstellungen der Initiative begrüßenswert. Allerdings finden die wichtigsten Anliegen bereits praktische Anwendung: Seit 2014 fördern wir den Neubau von Sozialwohnungen. Dazu wurde ein revolvierender Wohnungsneubaufonds aufgelegt. Der Fonds wird in den nächsten Jahren deutlich aufgestockt, die Konditionen verbessert und stärker am Einkommen der Mieter ausgerichtet. Auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind gut aufgestellt. Ich teile die Einschätzung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, dass sie in den bestehenden Rechtsformen schnell und flexibel auf Entwicklungen am Markt reagieren können. Ziel ist es, die Bestände bis 2016 mittels Ankauf und Neubau auf 300.000 Wohnungen zu erweitern, mittelfristig mit einem Bestand von 400.000 Wohnungen. Eine Änderung der bestehenden Rechtsform, wie von den Initiatoren gefordert, birgt die Gefahr, eben diese Ziele aus dem Fokus zu verlieren. Die Gesellschaften wären womöglich über Jahre gelähmt. Weiterhin wollen wir Neubau, aber keine weiteren Großwohnsiedlungen errichten. Die sozialen Probleme und die damit einhergehenden Auswirkungen sind hinlänglich bekannt. In den bestehenden Siedlungen mit sozialer Belastung setzen wir mit Mietenkonzepthen den jährlichen Anstieg der Sozialmieten aus, sobald ein Schwellenwert von 5,70 €/m<sup>2</sup> Wohnfläche monatlich erreicht wird. Und mit dem Wohnraumgesetz von 2011 haben wir u.a. die

**In Berlin herrscht Wohnungsnot.**

**„Initiative zum Berliner Mietenvolksentscheid“**

**die wichtigsten Anliegen finden bereits praktische Anwendung**

---

Überlegungs- und Kündigungsfristen bei Mieterhöhungen im Sozialen Wohnungsbau verlängert. Bei mehr als 700 Wohnungen wurden Mietsenkungen durchgesetzt und dafür gesorgt, dass im Falle des Eigentümerwechsels von Häusern ohne Anschlussförderung, keine höhere Miete als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangt werden darf. Damit wird klar: Der Senat nutzt bereits jetzt alle bundes- und landesrechtlichen Möglichkeiten für eine sozial gerechte Mietpolitik: Dazu gehören auch die zügige Anwendung der beschlossenen Mietpreisbremse genauso wie die Kappungsgrenzenverordnung, die neue Umwandlungsverordnung oder die Zweckentfremdungsverbotsverordnung.

Wichtig wäre es dagegen, eine genau Kosteneinschätzung über die Vorschläge der Initiative zu erhalten. Bisher sind die Kosten eines solchen Gesetzes nicht beziffert und es ist zu befürchten, dass die finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt enorm wären. Dies hätte weitreichende Folgen: Denn mit ihrem Volksentscheid greifen die Initiatoren tief in die Hoheit des Haushaltsgesetzgebers ein. Ob dies verfassungskonform ist, müsste erst geprüft werden. Zweifel sind jedoch angebracht.

Wenn wir als Berliner SPD im nächsten Jahr bei den Abgeordnetenhauswahlen antreten, dann auch und vordergründig als diejenige Partei, die Mieterinnen und Mieter schützt, Neubau fördert und langfristig die „Berliner Mischung“ erhält. Das ist der Markenkern der Berliner SPD. Und dass das so bleibt, ist gut.

Weniger gut ist, dass sich Bürger- und Mieterinitiativen erst gegen Neubau in der Nachbarschaft wehren und dann gegen zu hohe Mieten protestieren – oder andersherum. Die zunehmend verbreitete Einstellung „Neubau? Ja, bitte, aber nicht bei mir!“ widerspricht einer solidarischen Stadtgesellschaft und fördert am Ende nur Partikularinteressen. Deshalb ist es richtig, das Areal am Mauerpark, aufgrund seiner gesamtstädtischen Bedeutung und so wie vom Senat angedacht, durch Wohnbauten zu ergänzen.

Abschließend können wir positiv vermerken, dass eine von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einberufene Expertenkommission auch durch die Initiatoren des Mietenvolksentscheids bereichert wird. Sie arbeiten intensiv an Verbesserungen für die bestehenden Sozialwohnungen.

*Iris Spranger, MdA*

**Bisher sind die Kosten eines solchen Gesetzes nicht beziffert**

**Berliner SPD: Partei, die Mieterinnen und Mieter schützt**

---

## Verfassungsschutz - Zwischen massiver Kritik und steigenden Erwartungen

– so lässt sich die Situation beschreiben, in der sich die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder derzeit befinden. Müssen sie sich einerseits im Zusammenhang mit den schrecklichen Vorgängen im Zuge des NSU-Skandals schwere Versäumnisse und massives Versagen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus vorhalten lassen, so richten sich andererseits immer höhere Erwartungen an ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten angesichts der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Sie sehen sich mithin gleichsam mit mitunter undifferenzierter Kritik, die bis zur Forderung nach Auflösung und ersatzloser Abwicklung reicht, als auch mit überzogenen Erwartungen konfrontiert, die die vorhandenen Möglichkeiten überschätzen und notgedrungen enttäuscht werden müssen. Überzogener Kritik liegen dabei häufig genauso wie überzogenen Erwartungen falsche Vorstellungen über die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden zugrunde. „Der Verfassungsschutz ist ein Feuermelder, kein Brandlöscher“, so Bernd Palenda, Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, kürzlich in einer Diskussionsveranstaltung in Reinickendorf. „Seine Aufgabe ist die Aufklärung über Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung.“

Das klingt fast technisch, hat es aber durchaus in sich. Denn Gefahren für die Demokratie drohen von sehr unterschiedlichen Seiten und keine davon hat es gern, vom Verfassungsschutz durchleuchtet zu werden. Der Verfassungsschutz selbst unterscheidet zwischen Linksextremismus, Rechtsextremismus, Ausländerextremismus und Islamistischem Terrorismus. Vor allem letzterer ist in den letzten Jahren angesichts der vielen schrecklichen Attentate, wie etwa dem im Januar auf die Zeitschrift Charlie Hebdo in Paris, ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Der Berliner Verfassungsschutz ist dabei nicht zuletzt mit dem Problem konfrontiert, dass Jugendliche aus Berlin – wie auch aus vielen anderen deutschen Großstädten – ins Kriegsgebiet nach Syrien reisen und dann radikalisiert zurückkehren. Vor allem vor Selbstmordattentaten besteht große Sorge. „Selbstmordattentäter haben wir in unserer Region bisher noch nicht gehabt“, so Palenda, „aber das Risiko, dass so etwas auftritt, ist durchaus vorhanden und man kann dagegen fast nichts machen“. Das klingt bedrohlich. Doch es muss auch vor Überreaktionen gewarnt werden. Der größte Gefallen, den man den Islamisten tun kann, ist es, in Panik zu verfallen. Die Wahrscheinlichkeit, dass man Opfer eines Attentats wird, ist nach wie vor sehr gering. Sehr viel höher ist vergleichsweise die Gefahr, Opfer eines Verkehrsunfalls zu werden.

**schwere Versäumnisse und massives Versagen**

**höhere Erwartungen an Möglichkeiten und Fähigkeiten**

**Gefahren für die Demokratie drohen von sehr unterschiedlichen Seiten**

---

Dass es bei verschiedenen deutschen Verfassungsschutzbehörden massive Versäumnisse gegeben hat, die politische Konsequenzen nach sich ziehen müssen, ist offenkundig. Aktenvernichtungsaktionen und zweifelhafte Praktiken im Umgang mit V-Leuten sind in der Öffentlichkeit zurecht kritisiert worden. Hier müssen klare Regelungen getroffen werden. Ihre Einhaltung muss strikt kontrolliert werden. Die Voraussetzungen für das Vernichten von Akten müssen überprüft, für die Auswahl und das Führen von V-Leuten müssen Richtlinien formuliert werden, die u.a. verhindern, dass staatliche Zahlungen an V-Personen letztendlich zur Finanzierung extremistischer Strukturen genutzt werden können. Eine bessere Vernetzung der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder und ein intensiverer Informationsaustausch zwischen ihnen erscheinen absolut geboten. Kompetenzgerangel und gravierende Informationslücken aufgrund mangelnder Kommunikation müssen der Vergangenheit angehören.

Dass die Instrumente des Verfassungsschutzes alleine nicht ausreichen, um sich vor extremen Bewegungen zu schützen, ist unstrittig. Das fortwährende Wirken zivilgesellschaftlicher Akteure stellt die beste Art von Prävention gegen extremistische Tendenzen dar und sorgt in vielen Fällen dafür, dass eine Radikalisierung gar nicht erst stattfindet. Und auch dort, wo Prävention nicht erfolgreich war und Menschen radikalisiert worden sind, ist es die Aufgabe der Zivilgesellschaft, eine Art Resozialisierung möglich zu machen, etwa für Menschen, die aus Kampfgebieten zurückkehren. Hier ist die Gesellschaft als Ganzes in der Pflicht. Auf politischer Ebene sind hierbei neben dem Bereich Innenpolitik insbesondere auch die Politikfelder Bildung und Integration gefordert.

Für die Überwachung von Personen mit nachrichtendienstlichen Mitteln gibt es hohe rechtstaatliche Hürden und dies ist auch gut so. Auch die parlamentarische Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden muss weiterhin stark bleiben.

Der Personalabbau im Öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren ist auch am Berliner Verfassungsschutz nicht vorbeigegangen. Zu alter Personalstärke wird man hier auch nicht wieder zurückkehren. Gleichwohl muss darüber nachgedacht werden, ob es angesichts wachsender Anforderungen nicht an der Zeit wäre, hier personell wieder soweit aufzustocken, dass der Berliner Verfassungsschutz seine Aufgaben adäquat wahrnehmen kann.

**die Instrumente des Verfassungsschutzes alleine nicht ausreichen**

**Für die Überwachung gibt es hohe rechtstaatliche Hürden und dies ist auch gut so**

**personell wieder soweit aufzustocken, dass der Berliner Verfassungsschutz seine Aufgaben wahrnehmen kann**

*Thorsten Karge, MdA*

---

## Olympia - schön wär's gewesen - was wird kommen?

Die Enttäuschung bleibt und hält wohl auch noch lange vor, zumindest bei mir. Ich war überrascht, dass bereits am Montagabend kurz nach Verkündung des Ergebnisses der Entscheidung für Hamburg viele wichtige Menschen oder die sich dafür halten, wussten, woran es gelegen habe, dass Berlin nicht den Zuschlag bekommen hat.

Da wird so ziemlich alles aus der Kiste geholt, was man finden kann. Vom weiteren "Müller-Flop" ist die Rede, nach Tempelhof, BER, Staatsoper, mal wieder eine Pleite. Oder auch der freundliche Hinweis, nun ist man eben vom DOSB aus dem Rennen geworfen worden ist, statt von dem Bürger bei der Abstimmung im September. Also, Dank an den DOSB. Und wie wäre die Entscheidung in 2017 ausgegangen, spätestens dann, hätte doch Berlin das Nachsehen gehabt, oder? Ja, eigentlich und überhaupt, sind wir jetzt sauer, eingeschnappt, hoch erfreut, dass der Kelch an uns vorbei gegangen ist und/oder ist es ja eigentlich alles egal?

Wie wird es weitergehen mit den angekündigten Investitionen für Sporthallen, Wohnungsbau, ÖPNV oder den vielen neuen Arbeitsplätzen? Ich finde, darüber sollte man durchaus diskutieren und nicht die „Akte Olympia“ schließen und in den Keller packen. Nun geht es nicht darum, sich erneut zu bewerben, sondern die Frage zu stellen, was wir für Berlin in 20-30 Jahren erreichen wollen? Wie soll unsere Stadt sich entwickeln, mit welchen Schwerpunkten? Wie bleibt Berlin auch weiterhin ein Magnet, nicht nur für Touristinnen und Touristen.

Insbesondere sollte die Diskussion mit den jungen Menschen unserer Stadt geführt werden. Meine Beobachtung in den letzten Wochen, bei Info-Ständen, Diskussionsveranstaltung und auch im persönlich Umfeld zeigten, dass besonders bei vielen jungen Bürgerinnen und Bürgern momentan die Meinung herrscht: „Es ist doch alles ganz gut so, es soll so bleiben wie es ist.“ Fehlt da nur das Vertrauen in Großprojekte oder auch im Kleinen?

Für sie ist die Stadt momentan attraktiv und das ist gut so. Bitte keinen Wohnungsneubau hier und nicht dort und um die Ecke schon gar nicht - die Freiräume sollen bleiben. Das Kultur- und Freizeitangebot ist o.k. - muss aber auch neue Trends mehr einbeziehen.

**Die Enttäuschung bleibt und hält wohl auch noch lange vor**

**Wie wird es weitergehen mit den angekündigten Investitionen?**

**Wie soll unsere Stadt sich entwickeln?**

**die Diskussion mit den jungen Menschen unserer Stadt**



---

Was sind die Trends der Zukunft - Olympia, wo die Jugend der Welt nach Berlin kommt - wohl nicht, denn die Jugend der Welt ist ja schon hier.

**Die Jugend der Welt ist ja schon hier.**

Bleibt das auch so?

*Karin Halsch, MDA*

---

## SIWA - Berlin investiert 496 Millionen Euro

Der Entwurf des Nachtragshaushalts sieht vor, dass das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) mit 496 Mio. Euro ausgestattet wird.

**SIWA mit 496 Mio. Euro ausgestattet**

438 Mio. Euro davon stammen wie im Gesetz vorgesehen aus dem Haushaltsfinanzierungsüberschuss des Jahres 2014. Dazu kommen noch 58 Mio. Euro aus sonstigen Überschüssen 2014 obendrauf.

Ein ganz großer Erfolg sind die geplanten 120 Millionen Euro für die Stärkung der Bezirke. Die Investitionen von rund 31 Millionen Euro für die Polizei und Feuerwehr sowie die 55 Millionen Euro, die in die Erneuerung und den Ausbau der Krankenhausstandorte fließen, erhöhen sie Sicherheit der Stadt und stärken die Gesundheitsversorgung der Menschen. Ein wichtiger Bereich ist auch der Wohnungsneubau. Hier werden 30 Millionen zur Verfügung gestellt. Ein richtiger Schritt, um die Mieten in unserer Stadt bezahlbar zu halten. Weitere Investitionen sollen in die Bildungs-, Verkehrs- und soziale Infrastruktur fließen. Darunter fallen der Kitaneu- und -ausbau oder auch der Bau von Multifunktionsbädern sowie die Sanierung der Sportanlagen.

**120 Millionen Euro für die Stärkung der Bezirke**

**Polizei und Feuerwehr sowie Aus- und Neubau von Krankenhäusern**

**Wohnungsneubau und Investitionen in die Infrastruktur**

Konkret bedeutet das für den Bereich Bildung, dass ab 2015 die Finanzierung der BAföG-Leistungen vollständig auf den Bund über geht. Der Senat will die daraus frei werdenden Mittel zur weiteren Stärkung des Bildungsbereichs einsetzen. Besonders die bauliche Unterhaltung der Schulen, inklusive der Sanierung von Schultoiletten (12 Mio. Euro) wird dabei im Vordergrund stehen, um dem Investitionsstau entgegen zu wirken. Die pädagogische Situation an den allgemeinbildenden Schulen wird durch weiteres pädagogisches Personal wird mit 22 Millionen Euro verbessert und bauliche Maßnahmen im Bereich der Universitäten, Hochschulen und Charité mit 32 Millionen Euro unterstützt.

**Stärkung des Bildungsbereichs**

Diese und weitere Investitionen in die gesamte Bandbreite der städtischen Infrastruktur sind eine große Chance für die wachsende Bundeshauptstadt Berlin. Das Bevölkerungswachstum von Berlin bietet Chancen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadt, aber die wirtschaftliche Infrastruktur muss sich dementsprechend mitentwickeln und an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.

**eine große Chance für die wachsende Bundeshauptstadt Berlin**

Mit dem Nachtragshaushalt werden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um über das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zügig wichtige Investitionen in der Stadt auf den Weg zu bringen.

---

Trotz all dieser Investitionen wird es durch den Nachtragshaushalt zu keiner Neuverschuldung von Berlin kommen.

Ganz im Gegenteil. Wir rechnen damit, dass der Berliner Haushalt weiterhin mehr Einnahmen als Ausgaben für die Jahre 2016 und 2017 verbuchen kann.

Der Nachtragshaushalt ist deshalb der richtige Weg zu mehr Investitionen und zum Abbau der Schulden in Berlin und ein Ausdruck einer nachhaltigen Regierungspolitik.

*Andy Jauch, MdA*

**Trotz all dieser Investitionen wird es zu keiner Neuverschuldung kommen**

**der richtige Weg zu mehr Investitionen**

---

## TTIP - Transatlantisches Freihandelsabkommen

Mit dem Transatlantisches Freihandelsabkommen kurz TTIP wollen die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika durch Vereinheitlichte, gemeinsame Marktregeln und den Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren eine transatlantische Freihandels- und Investitionszone schaffen. Im Fall des Zustandekommens des Vertrages würde ein übermächtiger Wirtschaftsblock entstehen, der 50% der Weltwirtschaft in sich vereint. In absehbarer Zeit könnte keine andere Währung mit Dollar und Euro konkurrieren. Zulassungsverfahren und Industriestandards würden de facto zum Weltstandard erhoben. Das würde bedeuten, dass die EU Länder hierdurch eine große ökonomische Aufwertung erfahren und besonders die deutsche Exportindustrie davon profitiert.

**ein übermächtiger  
Wirtschaftsblock,  
der 50% der Welt-  
wirtschaft in sich  
vereint**

**große ökonomische  
Aufwertung**

Die Sondierungsgespräche und Verhandlungen dazu dauern derzeit noch an.

Grundsätzlich ist die SPD für den freien Handel, hängt doch vor allem der deutsche Wohlstand und viele Arbeitsplätze von ihm ab. Jedoch kann ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union nur sinnvoll umgesetzt werden, wenn Arbeitnehmerrechte gesichert werden, bestehende deutsch/europäische Umweltstandards und auch die Verbraucherrechte geschützt bzw. beibehalten werden. Praktisch würde ein nicht Beibehalten dieser, unserer Kriterien eine Aushebelung z.B. unseres Berliner Vergabegesetzes bedeuten.

**nur wenn Arbeit-  
nehmerrechte  
gesichert, Umwelt-  
standards und  
Verbraucherrechte  
geschützt werden**

Gerade der Bereich des Verbraucherschutzes sorgt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern für Unmut über dieses Abkommen. So müssen in Europa genveränderte Lebensmittel gekennzeichnet werden und sind zum Teil sogar verboten. In den USA ist das ganz anders, 90% des verwendeten Mais, der Sojabohnen und der Zuckerrüben sind gentechnisch verändert. Es könnte auch bedeuten, dass schlechtere Produkte nach Europa importiert werden.

Es ist fest zu stellen, dass es hier viel Licht und viel Schatten gibt. Das Zustandekommen des TTIP sollte für uns aber die Prämisse haben, dass wir von unseren Umweltstandards sowie von unseren Verbraucherschutz- und Arbeitnehmerrechten nicht abweichen und hinter diesen zurück fallen.

*Liane Ollech, MdA*

---

## Tourismus - Die Welt fährt nach Berlin!

Mit 28.7 Millionen Übernachtungen war das Jahr 2014 das bisher Erfolgreichste für die Tourismuswirtschaft.

**28.7 Millionen  
Übernachtungen**

Nie waren so viele Touristen in Berlin wie 2014. Mit 11.9 Millionen Besuchern ist unsere Hauptstadt nach London und Paris die drittbeliebteste Stadt in Europa.

**mit 11.9 Millionen  
Besuchern drittbe-  
liebteste Stadt in  
Europa**

Dabei wurden nur Gäste erfasst, die in Hotels und Pensionen übernachteten, nicht aber Berlinbesucher, die privat oder in Ferienwohnungen übernachtet haben.

Die deutlichen Zuwächse der Gäste spiegeln die Attraktivität unserer Stadt anschaulich wieder und zeigen auch, wie gut sich das Tourismusgeschäft aber auch das Messe- und Kongressgeschäft entwickelt haben.

**deutlichen Zu-  
wächse der Gäste**

Auch das Kongressgeschäft konnte im Jahr 2014 punkten. Mit 11 Millionen Teilnehmern und 131000 Veranstaltungen wurde ein Plus von 3 Prozent im Vergleich zu Vorjahr erzielt.

**Kongressgeschäft  
mit 11 Millionen  
Teilnehmern**

Wir müssen weiter am Ball bleiben, um unser selbst gesetztes Ziel von 30 Millionen Übernachtungen in 2015 zu erreichen!

**Ziel von 30 Millionen  
Übernachtungen in  
2015**

*Liane Ollech, MdA*

---

## Der Tierpark - Ein Juwel für die ganze Stadt

Berlin ist die Hauptstadt der zoologischen Gärten. An keinem anderen Ort in Europa finden sich so viele Tiere in Zoos wie in unserer Stadt – mit einem Tierbestand von mehr als 27.000 Tieren ist Berlin auf Augenhöhe mit Metropolen wie New York oder San Diego. Etwas ganz Besonderes ist aber, dass sich in unserer Stadt zwei Einrichtungen mit jeweils eigener Tradition auf einzigartige Weise ergänzen. Auf der einen Seite der Zoologische Garten in Charlottenburg als ältester deutscher Zoo, auf der anderen Seite der Tierpark in Friedrichsfelde als größter Landschaftstiergarten Europas, den viele Menschen im Ostteil der Stadt mit den Jahren des Aufbaus nach dem zweiten Weltkrieg verbinden.

Eine wachsende Metropole im Herzen Europas mit zwei international renommierten Einrichtungen, jede mit ihrer eigenen Tradition – dazu hat sich die SPD-Fraktion klar bekannt.

Dennoch befinden sich beide Einrichtungen in einer sehr unterschiedlichen strategischen und wirtschaftlichen Lage. Wie der neue Direktor des Tierparks und Vorstand des Zoologischen Gartens Dr. Andreas Knieriem während des Tierpark-Dialogs der SPD-Fraktion „vor Ort“ in Friedrichsfelde feststellte, ist die Ertragskraft des Tierparks im Vergleich zum Zoo deutlich geringer. Das hat verschiedene Ursachen. So befindet sich der Tierpark abseits der großen Touristenströme Berlins, die einen großen Teil der Besucher des mitten im Zentrum der Stadt gelegenen Zoos ausmachen. Auch ist der Berliner Osten deutlich weniger mit finanzstarken Mäzenen und größeren Erbschaften gesegnet als der Westteil der Stadt. Und es mag auch daran liegen, dass in den Jahren nach der Wende viel Kraft dafür aufgebracht werden musste, den Tierpark überhaupt zu erhalten. Kraft, die dann allen Beteiligten für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Tierparks nicht mehr zur Verfügung stand – ebenso wenig wie die dafür notwendigen finanziellen Mittel.

Nun gilt es, vorwärts zu schauen und den Tierpark dabei zu unterstützen, seine Besucherzahlen in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen. Die Berliner Politik kann nicht das inhaltliche Konzept ausarbeiten, wie der Tierpark attraktiver werden kann. Aber sie kann, wenn fundierte Vorschläge und Planungen vorliegen, die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. So hat das Abgeordnetenhaus dem Tierpark in einem ersten Schritt 5 Mio. € für kurzfristige Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Diese müssen nun aber auch durch den Tierpark investiert werden, bevor weitere Schritte gegangen

**Berlin ist Hauptstadt der zoologischen Gärten**

**zwei Einrichtungen mit jeweils eigener Tradition**

**Tierpark - größter Landschaftstiergarten Europas**

**Tierpark-Dialog der SPD-Fraktion „vor Ort“ in Friedrichsfelde**

**vorwärts zu schauen und den Tierpark zu unterstützen**

**5 Mio. € für kurzfristige Maßnahmen**

---

werden.

Zu einer Diskussion, wie der Tierpark attraktiver werden kann, gehört auch die Frage, wie man attraktiver für den Tierpark werben kann. Werbung hat viele verschiedene Facetten, und natürlich ist es vor allem eine Aufgabe des Tierparks selbst, dafür geeignete Konzepte zu entwickeln. Aber an einigen Stellen kann die Politik helfen.

**an einigen Stellen  
kann die Politik  
helfen**

Insbesondere an einem Ort fehlt derzeit Werbung für den Tierpark, und das ist die gleichnamige U-Bahnstation. Trotz des Namens weist auf den Bahnsteigen wenig bis nichts darauf hin, dass sich hier eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten Berlins befindet. Die Flächen an den Wänden des U-Bahnschachts werden nicht genutzt, kaum ein Hinweis auf den Bahnsteigen leitet zum Tierpark.

Man denke im Gegensatz dazu nur an U-Bahnstationen wie Hausvogteiplatz oder Spittelmarkt, wo die historische Bedeutung der gesamten Gegend mit Fotos und anderen Darstellungen vermittelt wird. Auf dem U-Bahnhof Tierpark hingegen ist alles mausgrau. Man könnte den gesamten Bahnhof mit Tierszenen oder auch Erinnerungen an Aufbau und Wachstum des Tierparks gestalten. Man müsste großflächige Hinweisschilder installieren, die den Weg zum Tierpark zeigen. Öffnungszeiten sollten kommuniziert werden. Denkbar sind auch Videotafeln mit wechselnden aktuellen Inhalten, z.B. über neue Jungtiere, Feste, Sonderaktionen für Familien u.ä. So könnte man die Fahrgäste dazu animieren, später wiederzukommen und wieder einmal den Tierpark zu besuchen. Gleiches gilt für die beiden Straßenbahnhaltestellen vor den Tierpark-Eingängen, wo praktisch nichts auf den Tierpark hinweist.

Dieses Thema ist in Kooperation mit dem Tierpark durchaus auf politischer Ebene lösbar: Die BVG ist eine landeseigene Gesellschaft, die vom Abgeordnetenhaus kontrolliert wird. Im Gespräch mit der BVG und dem Tierpark müssen Lösungen gefunden werden, wie der U-Bahnhof und die Straßenbahnstationen offensiver und attraktiver für Information und Werbung rund um den Tierpark genutzt werden können. Das ist natürlich eine Frage des Geldes, aber diese Frage stellt sich bei praktisch allen potentiellen Maßnahmen, die in Bezug auf die Weiterentwicklung des Tierparks im Gespräch sind.

**mit der BVG und  
dem Tierpark  
müssen Lösungen  
gefunden werden**

Ein weiteres Handlungsfeld ist die Beschilderung der Straßen, die zum Tierpark führen. In jeder mittleren Kleinstadt wird man kilometerweit im Voraus an den Straßenlaternen auf das örtliche Outdoor-Geschäft hingewiesen, aber der Hauptstadt-Tierpark ist in Berlin kaum ausgeschildert. Das betrifft aber nicht nur ein mögliches touristisches Wegeleitsystem mit

**der Hauptstadt-  
Tierpark ist in  
Berlin kaum  
ausgeschildert**

---

Schildern an den Laternenmasten, sondern insbesondere auch die Verkehrsschilder, die Autofahrern den Weg weisen. Schon an der Autobahnabfahrt in Schönefeld oder in Ahrensfelde sollte auf den Tierpark hingewiesen werden, ebenso von Richtung Osten oder Westen kommend. Auch hier kann die SPD-Fraktion in Zusammenarbeit mit der Verkehrslenkung Berlin unterstützen.

**auch hier kann die SPD-Fraktion unterstützen**

Grundsätzlich sind noch viele weitere Formen der Werbung für den Tierpark denkbar. Das Spektrum reicht von Printmedien über Radio und Fernsehen bis hin zu den sozialen Medien. Nur ein Beispiel für akuten Handlungsbedarf: In vielen Berlin-Reiseführern fehlt ein Hinweis auf den Tierpark. Es wäre eine lohnenswerte Aufgabe für das Hauptstadtmarketing von Berlin Partner, einmal die vorhandenen Standardreiseführer durchzugehen, bei Bedarf die Herausgeber aktiv anzusprechen, einen solchen Beitrag zu ergänzen.

Natürlich sind diese Maßnahmen nur ein kleiner Teil des Gesamtpaketes, das die Weiterentwicklung des Tierparks ausmachen muss. Am Ende werden es aber die vielen kleineren und größeren Maßnahmen sein, die dem Tierpark langfristig weiterhelfen.

**dem Tierpark langfristig weiterhelfen**

In diesem Kontext wird auch zu bewerten sein, wo ein geeigneter Standort für ein zukünftiges Multifunktionsbad in der Nähe des Tierparks liegen könnte und welche konkreten Synergien mit dem Tierpark dadurch entstehen. Dazu werden wir Positionen entwickeln und öffentlich darstellen.

**Standort für ein zukünftiges Multifunktionsbad**

*Gregor Költzsch, MdA und Karin Halsch, MdA*



---

## Berliner Gewässer - am Beispiel von Treptow-Köpenick

Berlin ist eine der wasserreichsten Metropolen Europas und beginnt diesen Standortfaktor nun auch stärker zu vermarkten – und das nicht nur in der Mitte Berlins, sondern auch außerhalb des Berliner S-Bahnringes.

Die Berliner Gewässer, sei es in Spandau, Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf – oder eben in Treptow-Köpenick sind nicht nur für die Binnenschifffahrt und somit als reiner Warentransportweg wichtig, sondern auch für den (Wasser-) Tourismus, die (Wasser-) Sportvereine und die Wirtschaftszweige rund um die Bereiche Wassersport und Wassertourismus – angefangen von Ausbildungsbetrieben für Sportbootführerscheine – bis hin zu Bootsverleihern und die Fahrgastschifffahrt sowie natürlich die zahlreichen Ausflugsziele im Grünen und am Wasser gelegen.

Diesen Akteuren, die also unmittelbar vom Gewässer abhängig sind, hatten es in den letzten Jahren nicht immer einfach – und auch die nahe Zukunft verheißt vereinzelt weiterhin Sorgen und Nöte um die eigene Existenz.

Am Beispiel von Treptow-Köpenick waren das in den letzten Jahren Themen wie die sog. „Wasserpacht“, die „Steganlagen-nutzungsgebühr“, die „Steganlagen-“, die „Ufer(wege-)konzeption“ – bis hin zu den aktuellen Themen wie z.B. das „Gewässerentwicklungskonzept Müggelsee“ (kurz „GEK Müggelsee“) und den Verkauf von bundeseigenen Uferflächen, im Besitz der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV).

Das Thema WSV-Reform ist nun glücklicher Weise vom Tisch, jedoch sind Themen wie Schleusenzeiten immer aktuell und leider derzeit für die Wasserakteure nicht zufriedenstellend.

Es ist an der Zeit den Wassersport und den Wassertourismus sowie die damit in Zusammenhang stehenden Wirtschaftszweige in Berlin ernst zu nehmen und sie frühzeitig in Planungen einzubeziehen und natürlich ihre berechtigten Interessen innerhalb aller Verwaltungsbereiche wahrzunehmen.

Berlin tut gut daran sich weiterhin als Wassersportmetropole zu vermarkten – das kann jedoch nur mit einer breiten Unterstützung der Beteiligten vor Ort durch die Wirtschafts- und Sportverwaltung – aber auch verstärkt durch die Stadtentwicklungs- und Umweltverwaltung gelingen.

*Robert Schaddach, MdA*

**Berlin ist eine wasserreiche Metropole**

**Berliner Gewässer sind nicht nur als Transportweg wichtig, sondern auch für den Tourismus und den Sport**

**weiterhin Sorgen und Nöte um die eigene Existenz**

**Themen wie Wasserpacht, Steganlagengebühren, Uferkonzeption, der GEK Müggelsee und dem Verkauf von Uferflächen**

**Wassersport und Wassertourismus frühzeitig in Planungen einbeziehen**

**Berlin als Wassersportmetropole vermarkten**

---

## Wir brauchen ein eigenständiges Landesprogramm gegen Radikalisierungstendenzen in Berlin

Die Anzahl der radikalisierten Personen bzw. der radikalisierten Ausreisenden in Berlin ist erschreckend. Aber anscheinend noch nicht erschreckend genug. 2011 gab es bundesweit ca. 3.500 Salafisten in Deutschland. Im Jahr 2014 waren es bundesweit ca. 5.500 Personen aus dem salafistischen Spektrum. In Berlin wuchs ihre Zahl 2011 von ca. 300 Personen auf etwa 550 Personen im Jahr 2014 an.

Seit 2011 spielt der Salafismus im Berliner Verfassungsschutz verstärkt eine Rolle. Zunächst wurde dieser gemeinsam mit dem Themenbereich Islamismus oder im Zusammenhang von Al-Quaida behandelt und man bezog sich im Verfassungsschutzbericht immer mehr auf den internationalen Bezug zum islamistischen Terrorismus. 2011 ging es auch um die steigende Internetpropaganda und dem Protagonisten Dennis Cuspert (Deso Dogg), einem ehemaligen Rapper aus Kreuzberg, der heute Medienberichten zufolge im Kriegsgebiet aktiv ist.

Der salafistische Aktionsraum wurde damals vor allem auf das Internet und dort verbreitete Hassbotschaften beschränkt. 2012 ging es in diesem Zusammenhang vor allem noch bundesweit um die Koranverteilungen aber auch gewaltbereite Salafisten, welche Polizeibeamte und rechtspopulistische Parteien auf Demonstrationen angegriffen haben. Später erhielt vor allem die sogenannte „Scharia-Polizei“ in NRW bundesweit eine besondere mediale Aufmerksamkeit.

Ende 2014 ging man in Berlin von ca. 570 Salafisten aus. Von ihnen gelten etwa 290 als gewaltbereit. Wir wissen auch, dass eine Radikalisierung nicht mehr mehrere Monate dauert, sondern nur noch Wochen und dass das Internet die Radikalisierung massiv beschleunigt. Mehr als 80 Personen sind bisher von Berlin aus mit einer islamistischen Motivation in Richtung Syrien und Irak ausgereist. In den meisten Fällen handelt es sich bei ihnen um volljährige Männer zwischen 20 bis 65 Jahren.

Unter den Ausreisenden sind mittlerweile auch immer häufiger junge Frauen. Besonderen Anklang findet unter allen radikalisierten Ausreisenden die terroristische Organisation „Islamischer Staat“ (IS). 2015 haben sich bereits 90 ausge-reiste Personen aus Berlin dem IS angeschlossen. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass etwa ein Drittel zurückkehren wird oder zurückgekehrt ist.

**Die Anzahl in Berlin ist erschreckend.**

**bundesweit ca. 5.500 Personen; in Berlin etwa 550 Personen**

**Seit 2011 spielt der Salafismus im Berliner Verfassungsschutz verstärkt eine Rolle.**

---

In der bundesweiten Debatte ist meist von einer „abstrakten Terrorgefahr“ die Rede. Vereitelte Terroranschläge (wie in Köln oder im Sauerland) spielten schon in der Vergangenheit in den Medien eine Rolle, ohne jedoch eine sicherheitspolitische Konsequenz abzuleiten bzw. ausreichend präventiv zu denken. Auf Bundesebene werden Gesetze verabschiedet, die es ermöglichen, dass Pässe eingezogen bzw. markiert werden sodass Personen bei Verdacht auf eine terroristische Ausbildung bei Wiedereinreise nach Deutschland festgenommen werden können.

Mein Eindruck ist leider, dass wir nur mit dieser Form der Repression wenig Erfolg haben werden, falls wir nicht mehr als bisher gesellschaftspolitisch an die Ursachen herantreten. Andernfalls werden wir in den nächsten Jahren auf eine große Zahl Ausgereister blicken und vor allem auch eine hohe Zahl junger Menschen haben, die nicht nur abstrakt sondern auch tatsächlich eine terroristische Gefahr darstellen werden. Bereits heute ist es nicht möglich die rund 300 gewaltbereite Salafisten in Berlin 24 Stunden am Tag zu beobachten oder zu begleiten.

Claudia Dantschke vom Projekt „Hayat“ hat es gut beschrieben. Sie sagte, „dass wir mittlerweile von einer „radikalen Jugendsubkultur“ sprechen können. Das bedeutet, dass wir uns diesem Phänomen von den Anfängen her nähern müssen. Wie gehen wir mit den eigenen radikalisierten Konvertiten um? Die Anschläge in Paris haben gezeigt, dass man sich um jeden radikalisierten Menschen kümmern muss - auch in den Berliner Haftanstalten. Viele der radikalisierten Menschen sind „tickende Zeitbomben“ und sie haben nichts zu verlieren. Mit ihnen muss gearbeitet werden oder frühzeitig verhindert werden, dass sie ausreisen können. Darüber hinaus muss ihnen geholfen werden, aus den Terrornetzwerken auszu-steigen.

In der Bundesrepublik Deutschland ist seit 2014 Bewegung in die Präventionsarbeit gekommen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) begann vorbildhaft Projekte im Präventionsbereich zu finanzieren. Doch bisher sind von den 16 Bundesländern nur sechs Bundesländer aktiv dabei. NRW hat das Projekt „Wegweiser“, die Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg koordinieren ihre Aktivitäten und Hessen hat ein entsprechendes Landesprogramm. In Hessen ist das Kompetenzzentrum beim Innenministerium angesiedelt. Vier Ressorts sind in dem Netzwerk dabei (Inneres, Justiz, Bildung und Soziales). Ca. 400.000 Euro gibt Hessen im Doppelhaushalt für die Präventionsarbeit aus. Dies erfolgt mit wissenschaftlicher Begleitung und in Zusammenarbeit mit

---

dem Violence Prevention Network (VPN). Auch Berlin beteiligt sich ab April 2015 an der Finanzierung des VPN.

Bisher fühlen sich viele Bundesländer im Bereich der Präventionsarbeit bzw. deren Finanzierung nicht zuständig. Dabei gibt es „Hotspots“ - gerade in NRW, Süddeutschland und auch in Berlin. Es gibt zwar einen Beschluss der Innenminister-Konferenz (IMK) zu diesem Thema, aber die Verwaltung und Politik reagiert in diesem Bereich nur langsam und schwerfällig.

Dabei haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Das sind wir besonders den Familien schuldig, deren Kinder im Ausland in „Terror-Camps“ sind. Vor allem muss die Erkenntnis reifen, dass hier nicht nur die Sicherheitsbehörden mitarbeiten müssen. Hier ist ein ressortübergreifender Ansatz gefragt.

Für Berlin wünsche ich mir ein eigenständiges „Landesprogramm gegen Radikalisierungstendenzen“. Dort müssten Inneres, Justiz, Soziales, Arbeit, Integration, Bildung und Jugend sowie die Trägerlandschaft („Hayat“, „VPN“, „Ufuq“) beteiligt werden und aktiv zusammenarbeiten. Dies kann und sollte außerdem in wissenschaftlicher Begleitung einer Universität stattfinden. Ebenso sollten in einem Kuratorium bzw. Beratungsgremium die muslimische Gemeinde beteiligt werden.

Ab April 2015 wird das Land Berlin (Inneres) hierzu ca. 115.000 Euro ausgeben und dann bis 2019 pro Jahr 100.000 Euro. Das ist im Anbetracht der dramatischen Situation ein Anfang, steht jedoch noch immer in keinem Verhältnis zur Realität bzw. zum eigentlich Bedarf. Zum Vergleich: Im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus stehen uns in Berlin ca. 2,1 Mio. Euro zur Verfügung. Das ist gut, dennoch haben wir es, bei genauer Betrachtung, im islamistischen Bereich mit einem weitaus größeren Problem zu tun, weil eine echte Präventionsarbeit in diesem Bereich über Jahre vernachlässigt wurde. Über die Lottostiftung wurde das Projekt „Maxime“ (Abbau von Vorurteilen, Demokratieförderung) finanziert. Die Förderung endet in drei Jahren. Und dann?

Es wird eine Beschleunigung der Debatte geben, wenn es tatsächlich zu einem terroristischen Anschlag kommt. Aber ich möchte nicht darauf warten. Die Antworten müssen wir jetzt liefern und beginnen die entsprechenden Weichen zu stellen.

*Tom Schreiber, MDA*

**ein eigenständiges  
„Landesprogramm  
gegen Radikalisierungstendenzen“**

**ab April 2015 wird  
das Land Berlin  
hierzu ca. 115.000  
Euro ausgeben**

**Die Antworten müssen wir jetzt liefern und beginnen die entsprechenden Weichen zu stellen.**

---

## Wohnungsneubauförderung - Qualität und Bezahlbarkeit im Wohnungsneubau sicherstellen

Berlin wächst weiter. Auch im vergangenen Jahr ist die Bevölkerungsentwicklung der Stadt wieder positiv verlaufen. Im Saldo ist die Einwohnerzahl erneut um fast 45.000 Menschen gestiegen. Seit 2011 beträgt das Plus rund 175.000 Menschen – damit ist Berlin in diesem Zeitraum in der Größenordnung einer Stadt wie Potsdam gewachsen. Ich rechne damit, dass dieser positive Trend auch in den nächsten Jahren anhalten wird. Dieses Wachstum ist eine Chance für Berlin und nicht etwa eine Bedrohung. Für uns ist das ein Schub in der Entwicklung Berlins, denn die Stadt steht für Innovation, Vielfalt, Weltoffenheit und Lebensqualität.

Der anhaltende Aufschwung Berlins ist aber auch eine große Herausforderung. Mehr Menschen heißt auch: Mehr Bedarf an Wohnraum und wachsender Druck auf den bestehenden Wohnungsmarkt. Ich will, dass Wohnen in Berlin auch in Zukunft bezahlbar bleibt und dass Menschen die Möglichkeit haben, auch bei unterschiedlichen Einkommensverhältnissen in allen Teilen der Stadt zu wohnen. Erreichen können wir das durch politische Entscheidungen, die den Mietpreis dämpfen und durch den Neubau von Wohnungen.

Um unser Wachstum zu bewältigen müssen in Berlin zukünftig jedes Jahr mindestens 10.000 bis 15.000 neue Wohnungen gebaut werden. Mit zusätzlichem Personal in den Bauverwaltungen stellen wir sicher, dass die dafür notwendigen Planungs- und Genehmigungsverfahren zügiger durchgeführt werden. Die erfreuliche Zahl von fast 20.000 baugenehmigten Wohnungen im vergangenen Jahr zeigt bereits, dass der Wohnungsbau in Berlin endlich auf Touren kommt. So wichtig die Geschwindigkeit im Neubau vor dem Hintergrund unserer rasanten Bevölkerungsentwicklung ist, so wichtig ist es auch sicherzustellen, dass der neue Wohnraum von guter Qualität und dennoch erschwinglich ist. Die Anforderungen an die neu gebauten Wohnungen sind dabei so unterschiedlich wie die Menschen in unserer Region.

Zugleich muss natürlich die soziale und technische Infrastruktur der Stadt ausgebaut werden. Mit dem „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ haben wir einen Weg gefunden, diese für die Funktionsfähigkeit unserer Stadt zentrale Aufgabe nunmehr berlinweit einheitlich zu regeln. Für die Immobilienwirtschaft sind damit mehr Transparenz und Investitionssicherheit verbunden.

**Berlin wächst weiter.**

**seit 2011 beträgt das Plus rund 175.000 Menschen**

**Der anhaltende Aufschwung Berlins...**

**jedes Jahr mindestens 10.000 - 15.000 neue Wohnungen gebaut werden**

**die soziale und technische Infrastruktur der Stadt ausgebaut werden**

---

Zur Unterstützung des Neubaus bestehen seit vergangenem Sommer zwei Bündnisse. Die Vereinbarung mit den 12 Berliner Bezirken trägt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bei. Dafür haben wir Geld für neues Personal zur Verfügung gestellt. Über das Bündnis mit den wohnungs- und bauwirtschaftlichen Verbänden in der Region haben sich letztlich Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und Projektentwickler dazu bereit erklärt, den benötigten neuen Wohnraum zu schaffen. Dabei soll stets auch ein Anteil preiswerter Wohnungen realisiert werden. Der Senat unterstützt dies mit der Wohnraumförderung. Ich bin davon überzeugt, dass Wirtschaft, Bezirke und Senat die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt nur gemeinsam bewältigen können, weshalb ich die bestehenden Kooperationen gerne weiter festigen möchte.

Bis Ende April 2015 hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt den Auftrag aus dem Parlament, zur Abrechnung des Wohnungsneubaufonds zu berichten, welche Projekte aufgenommen und welche bewilligt wurden und die Nachjustierung einzelner Bestimmungen des Fonds darzustellen. Gemäß den geltenden Wohnungsförderungsbestimmungen 2014 (WFB 2014) erfolgt die derzeitige Neubauförderung mit zinslosen Baudarlehen aus dem Landeshaushalt. Für die Förderung von bis zu 1.000 geförderten Mietwohnungen jährlich werden 64 Mio. € für einen bei der IBB verwalteten Wohnungsbauneubaufonds bereitgestellt. Im bisherigen Modell erfolgt nominal ein vollständiger Rückfluss.

Zur Realisierung der notwendigen Erhöhung der Programmmzahlen und der begrenzten Kapazitäten der kommunalen Gesellschaften müssen zukünftig auch private Bauherren in die Förderung einbezogen werden. Dieses Ziel wird nur dann zu erreichen sein, wenn die bisherigen Förderkonditionen verbessert werden und damit eine Erhöhung der auf die geförderten Wohnungen entfallenden Eigenkapitalverzinsung möglich wird.

Daher soll die bisherige Förderpraxis grundlegend neu geregelt werden. Ziel ist es, die Förderung zielgenau an die Einkommensverhältnisse der Bewohner anzupassen. Um ausreichend bezahlbaren Wohnraum mit Blick auf die wachsende Bevölkerung zu schaffen, ist es notwendig, dass deutlich mehr Sozialwohnungen als bislang geplant errichtet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der bislang mit einem Volumen von 64 Millionen Euro jährlich ausgestattete Fonds deutlich erhöht werden. Und wir müssen dafür Sorge tragen, dass diejenigen in den Genuss der subventionierten Mieten kommen, denen auch wirklich geholfen werden muss. Die Spannen sollen dabei von 6,20 bis 8,50 Euro je Quadratmeter und Monat (kalt) reichen.

**Vereinbarung mit den 12 Berliner Bezirken**

**Geld für neues Personal**

**stets auch ein Anteil preiswerter Wohnungen realisiert werden**

**gem. WFB 2014 erfolgt die derzeitige Neubauförderung mit zinslosen Baudarlehen**

**soll die bisherige Förderpraxis grundlegend neu geregelt werden**

---

Daher haben wir zwei Modelle in Vorbereitung. Zum einen die Baudarlehensförderung mit Verzicht auf die Rückzahlung eines Anteils des gewährten Baudarlehens und zum anderen die Baudarlehensförderung mit ergänzenden einkommensorientierten Zuschüssen als einmaliger Barwertbetrag.

**zwei Modelle in Vorbereitung**

Das neue Modell, die sogenannte Baudarlehensförderung mit ergänzenden einkommensorientierten Zuschüssen (Mischung zwischen Objekt- und Subjektförderung) sieht vor, dass die Mieten in den neu errichteten Sozialwohnungen nach dem individuellen Einkommen der Bewohnerinnen und Bewohner differenziert werden sollen. Nach den Berliner Einkommensgrenzen (16.800 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt im Jahr), die deutlich über den Bundeseinkommensgrenzen (12.000 Euro) liegen, haben rund 55 Prozent aller Berliner Haushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Es sollen insbesondere Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV in den Genuss einer Monatsmiete von 6,20 Euro kommen. Alle anderen sollen künftig alle fünf Jahre ihre Einkommenssituation offenlegen. So soll verhindert werden, dass am Ende zwar wieder preisreduzierte Sozialwohnungen errichtet werden, aber diese nur zum Teil den tatsächlich Bedürftigen zugutekommen. Aktuell wohnen in den Beständen des Sozialen Wohnungsbaus nur ein Drittel Empfänger von Transferleistungen nach Hartz IV.

**sog. Baudarlehensförderung**

Für Investoren entsteht ein wirtschaftlich attraktives Modell mit konstantem Mietertrag auf relativ hohem Niveau. Voraussetzungen entstehen ein deutlich geringerer barwertiger Förderaufwand für das Land Berlin. Von der jeweils eingesetzten Förderung fließen nominal rd. 2/3 zurück. Der Nachteil eines erhöhten bürokratischen Aufwandes bei der IBB und den Fördernehmern kann durch ein mit den Verbänden abgestimmtes pauschales Abrechnungsverfahren begrenzt werden.

**ein wirtschaftlich attraktives Modell**

Außerdem fördern wir mit dem „IBB Familienbaudarlehen“ auch gezielt Haushalte mit Kindern - junge Familien mit geringen und mittleren Einkommen - bei der Errichtung und dem Ersterwerb von neu gebautem Wohneigentum. Das hilft den Haushalten, die bisher kein Eigentum bilden können und erhält auch so die soziale Mischung in den Kiezen.

**Außerdem fördern wir mit dem „IBB Familienbaudarlehen“**

Berlin ist unbestritten eine lebenswerte Stadt. Damit das so bleibt, brauchen wir für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen ein vielfältiges Wohnungsangebot. Dies sichert die lebendige Vielfalt – und das ist genau das, was Berlin so einzigartig macht.

**Berlin ist unbestritten eine lebenswerte Stadt.**

*Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt*

---

## Terminankündigung Klausur „Berliner Mitte“

### **Bauen-Mieten-Wohnen & Rekommunalisierung**

**Termin blocken!**

sind die Themen der diesjährigen Klausur der „Berliner Mitte“  
am **Freitag, den 29. Mai 2015 von 13:00 bis 18:00 Uhr**  
im **Abgeordnetenhaus von Berlin**.

**Klausur am**  
**29.05.2015**

*Liane Ollech, MdA und Jörg Stroedter, MdA*  
*-Sprecherin und Sprecher der Berliner Mitte-*

### Gruppenfoto: Mitglieder der „Berliner Mitte“



*v.l.n.r. Robert Schaddach, Tom Schreiber, Andy Jauch, Thorsten Karge, Ines Spranger, Jörg Stroedter, Senator Andreas Geisel, Liane Ollech, Karin Halsch und Gregor Költzsch*